




BDI, DIHK und Bundesinnenministerium unterzeichnen Erklärung für eine Nationale Wirtschaftsschutzstrategie

BDI, DIHK und Bundesinnenministerium unterzeichnen Erklärung für eine Nationale Wirtschaftsschutzstrategie
Wirtschaft und Bundesregierung wollen deutsche Unternehmen besser gegen Wirtschaftsspionage und -kriminalität schützen. Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie und Handelskammertages (DIHK), haben dazu am Mittwoch in Berlin die gemeinsame Erklärung "Wirtschaftsschutz in Deutschland 2015 - Vertrauen, Information, Prävention" unterzeichnet. Ziel der drei Partner ist es, eine Nationale Wirtschaftsschutzstrategie auszuarbeiten. Insbesondere mittelständische Unternehmen sollen stärker für Sicherheitsfragen sensibilisiert werden. "Der Schutz vor weltweiten Angriffen auf Unternehmen ist für das Industrieland Deutschland unabdingbar", sagte BDI-Präsident Grillo. "Nur wenn Wirtschaft und Bundesregierung freiwillig und partnerschaftlich zusammenarbeiten, können die immer komplexeren Sicherheitsherausforderungen bewältigt werden." Grillo forderte daher, alle nationalen Wirtschaftsschutzmaßnahmen in Bund und Ländern stärker aufeinander abzustimmen. "Wir benötigen dringend eine sinnvolle Koordinierung auf Bundesebene. Eine nationale Sicherheitsstrategie wäre ein Meilenstein für unseren Wirtschaftsschutz und einzigartig in Europa."
Bundesinnenminister Friedrich erklärte: "Für einen erfolgreichen Schutz unserer Wirtschaft müssen wir das Bewusstsein für die noch immer unterschätzte Gefahr von Angriffen auf Know-how und Innovation deutscher Spitzenunternehmen deutlich erhöhen. Wirtschafts- und Industriespionage ist eine leise, aber mächtige Bedrohung. Die Auswirkungen zeigen sich zeitlich verzögert durch den Verlust der Technologieführerschaft und Wettbewerbsverzerrungen. Das bedeutet immer auch den Verlust von Arbeitsplätzen. Davor müssen wir uns schützen."
DIHK-Präsident Schweitzer hob besonders die Gefährdung mittelständischer Unternehmen hervor: "Großkonzerne sind sich des Risikos der Industriespionage in der Regel viel bewusster als kleinere Unternehmen und wappnen sich entsprechend. Diese Sensibilisierung müssen wir auch bei kleineren und mittelständischen Unternehmen noch stärker erreichen. Sicherheit darf auch hier nicht nur als Kostenfaktor gesehen werden - die Schäden, die durch Spionage und Wirtschaftskriminalität entstehen, sind vielfach deutlich höher als die erforderlichen Investitionen in die Sicherheit!"
Die gemeinsame Erklärung sei der Auftakt für eine intensivere, partnerschaftliche Zusammenarbeit zum Schutz der deutschen Wirtschaft mit den Kernpunkten Prävention, Information und Sensibilisierung. Deutschland habe die Chance, eine Vorreiterrolle in Europa für einen zukunftsweisenden Wirtschaftsschutz zu übernehmen. Leitprinzip müsse aber die Freiwilligkeit bleiben. Zur Erarbeitung der nationalen Strategie richten BDI, Bundesinnenministerium und DIHK eine gemeinsame Steuerungsgruppe ein, die offen ist für die Beteiligung weiterer Partner. Zur Koordinierung der Sicherheitsbehörden in Wirtschaftsschutzfragen soll zudem im Bundesinnenministerium eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet werden.
Bundesministerium des Innern (BMI)
Alt-Moabit 101 D-10559 Berlin
Telefon: +49 30 18681-1022/-1023/-1089
Telefax: +49 30 18681-1083
Mail: presse@bmi.bund.de
URL: <http://www.bmi.bund.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
presse@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Das Bundesministerium des Innern erfüllt ein breites Aufgabenspektrum und ist differenziert organisiert. Es hat seinen Sitz in Berlin und Bonn und verfügt über eine weit verzweigte Behördenstruktur. Seit dem 12. Juli 1999 ist Berlin sein erster Dienstsitz. Das im Bezirk Berlin-Mitte, Ortsteil Moabit, gelegene Dienstgebäude bietet auf 13 Etagen Raum für rund 900 Berliner Bedienstete des Ministeriums. Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt. Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat. Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.